



---

## Ausschuß für Europa- und Eine-Welt-Politik

40. Sitzung (öffentlich)

25. November 1998

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 14.10 Uhr

Vorsitz: Inge Lagemann (SPD) - stellv.

Stenograph: Uwe Scheidel

### Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haushalts (Haushaltssicherungsgesetz)** 1

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/3300

in Verbindung damit

**Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1999 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1999**

**hier: § 20 Abs. 1 Nr. 4**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/3302

**Europa- und Eine-Welt-relevante Haushaltspositionen im**

<b>Einzelplan 01</b>	-	<b>Landtag Nordrhein-Westfalen</b>
<b>Einzelplan 02</b>	-	<b>Ministerpräsident und Staatskanzlei</b>

Zum Entwurf des Einzelplans 01 - Ministerpräsident und Staatskanzlei - liegt dem Ausschuß kein Änderungsantrag vor. Der Ausschuß stimmt dem Entwurf in unveränderter Fassung mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung durch die CDU-Fraktion zu.

Im Einzelplan 02 stimmt der Ausschuß bei Kapitel 02 011, zu dem keine Änderungsanträge vorgetragen worden sind, dem Ansatz in unveränderter Fassung mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung durch die CDU-Fraktion zu.

Über die Änderungsanträge der CDU-Fraktion zu den Kapiteln 02 030 - Internationale Zusammenarbeit - und 02 040 - Maßnahmen des Ministerpräsidenten für die Eine-Welt-Politik -, die dem Ausschußprotokoll als Anlage beigefügt sind, stimmt der Ausschuß en bloc ab. Die Anträge werden mit den Stimmen der CDU-Fraktion gegen das Votum von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

In der Gesamtabstimmung über die ausschlußrelevanten Teile des Einzelplans 02 wird der Einzelplan 02 in der Form des Gesetzentwurfs der Landesregierung mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Gegenstimme des Abgeordneten Volkmar Klein (CDU) und ansonsten Enthaltung bei der CDU-Fraktion angenommen.

**2 Verschiedenes**

4

- a) **Behandlung von Fragen aus der 39. Sitzung vom 19. Oktober 1998 - siehe APr 12/990**
- b) **Situation um die A 68**
- c) **Nächste Sitzung des Ausschusses für Europa- und Eine-Welt-Politik**

Zu den Unterpunkten a) bis c) siehe Seiten 4 bis 6 des Diskusstils.

\*\*\*\*\*



### Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung betont stellvertretende Ausschußvorsitzende Inge Lagemann, daß sich der Ausschuß in seiner heutigen Sitzung nur mit der Abstimmung zu den ihn betreffenden Teilen des Landeshaushalts beschäftigen werde. - Bei dieser Gelegenheit wünscht der Ausschuß dem derzeit erkrankten Vorsitzenden, Dr. Horst Posdorf, gute Besserung.

Das Thema "Reise des Ministerpräsidenten in die Niederlande" sei, so die stellv. Vorsitzende, für die Sitzung, die dann allerdings abgesetzt worden sei, vorgesehen gewesen. Da in der heutigen Sitzung vereinbarungsgemäß nur über den Haushalt abgestimmt werde, habe das zuvor genannte Thema nicht berücksichtigt werden können.

#### 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haushalts (Haushaltssicherungsgesetz)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/3300

in Verbindung damit

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1999 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1999

hier: § 20 Abs. 1 Nr. 4

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/3302

Europa- und Eine-Welt-relevante Haushaltspositionen im

Einzelplan 01	-	Landtag Nordrhein-Westfalen
Einzelplan 02	-	Ministerpräsident und Staatskanzlei

Stellv. Ausschußvorsitzende Inge Lagemann stellt fest, zum Einzelplan 01 - Landtag - seien - soweit der hiesige Ausschuß betroffen sei - keine Änderungsanträge eingereicht worden. - Sodann stimmt der Ausschuß mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung durch die CDU-Fraktion dem Einzelplan 01 - Landtag - in der Fassung des Entwurfs zu.

**Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei -**

**Stellv. Ausschußvorsitzende Inge Lagemann** teilt mit, die CDU-Fraktion habe zu den Kapiteln 02 030 "Internationale Zusammenarbeit" und 02 040 "Maßnahmen des Ministerpräsidenten für die Eine-Welt-Politik" Änderungsanträge eingebracht.

Ihre Fraktion, betont **Ilka Keller (CDU)**, wolle keine Kürzung bei der "Internationalen Zusammenarbeit" und dort speziell beim Titel 685 100 - Zuschüsse für Projekte im Inland - zulassen. Die Arbeit müsse fortgesetzt werden können.

Dem hält **Gabriele Sikora (SPD)** entgegen, den gewünschten Mittelanhebungen würden nicht an anderer Stelle die korrespondierenden Kürzungen entgegengesetzt. Der Einzelplan werde dadurch aufgebläht. Auch aufgrund der aktuellen Haushaltslage hätten die Koalitionsfraktionen von Veränderungen bei den Haushaltspositionen abgesehen. Der vorgelegte Antrag unterstreiche das Bestreben der CDU-Fraktion, sich vom Modell der Eine-Welt-Promotorinnen/Promotoren wegzubewegen und hin zu mehr Einzelprojekten zu kommen. Obwohl eine Evaluierung des Promotor/innenmodells noch anstehe, wolle die Opposition Kürzungen vornehmen. - Die Maßnahmen zur zivilen Konfliktbearbeitung seien noch nicht abgeschlossen; dennoch wolle die CDU-Fraktion den Ansatz im entsprechenden Kapitel 02 030 bei Titel 687 00 auf Null setzen. Den Anträgen der CDU-Fraktion könne ihre Fraktion nicht zustimmen.

**Ute Koczy (GRÜNE)** macht auf die prinzipiellen Unterschiede aufmerksam, wie Eine-Welt-Politik von der Opposition einerseits und der Regierungskoalition andererseits definiert werde. Nach den Anträgen der CDU-Fraktion sollte auch zukünftig nicht in Entwicklungs- und Bildungsarbeit investiert werden. Sämtliche Arbeiten, die in den Vorjahren zum Aufbau eines Netzes von Eine-Welt-Promotorinnen und der Entwicklung eines neuen Bewußtseins geleistet worden seien, erachte die Opposition als nicht notwendig. Eine Zustimmung zu den Anträgen der CDU-Fraktion würde einen Rückschritt für die basisorientierte Struktur bedeuten. Eine radikale Kürzung ohne einen gleichzeitigen Hinweis, welche konkreten Stellen betroffen wurden, würden das gesamte Projekt zerschlagen.

Mit Bedauern registriere ihre Fraktion in punkto entwicklungspolitischer Zusammenarbeit und Auslandsprojekten eine systematische Reduzierung der Ansätze. Eine Aufstockung in diesem Bereich sei während der Koalitionsverhandlungen nicht erreicht worden. Begründet werde dies unter anderem mit der Haushaltssituation an und für sich. Bereiche, in denen die Mittelansätze bereits drastisch heruntergefahren worden seien, dürften nicht noch weiter gekürzt werden. Auf diesen Mißstand habe sie bereits bei den letztjährigen Haushaltsberatungen hinweisen müssen. Da die Projekte mittlerweile auf nationaler wie auch internationaler Ebene ihre Tauglichkeit bewiesen hätten, gehe sie davon aus, daß auch die CDU-Fraktion irgendwann von der Sinnhaftigkeit überzeugt werden könne.

**Ilka Keller (CDU)** zeigt sich erfreut über die Aussage der GRÜNEN-Fraktion, daß die internationalen Projekte nicht beschnitten werden dürften. Mit der deutlichen Kürzung im Bereich des Promotor/innenmodells habe ihre Fraktion ein Zeichen setzen wollen. Zu diesem Bereich werde es zukünftig noch Beratungsbedarf im Ausschuß geben.

**Volkmar Klein (CDU)** weist die Unterstellung zurück, seine Fraktion fühle sich nicht der Bewußtseinsbildung im eigenen Land verpflichtet. Vielmehr, so der Abgeordnete, sei es doch sehr wichtig, daß auf diesem Feld intensiv gearbeitet werde. Bewußtseinsänderung müsse sich dahingehend vollziehen, daß nicht jede Hilfe, die geleistet werde, wirklich gut sei. Umfängliche staatliche Vorgaben und staatlich dominierte Hilfen deuteten in die Richtung, "am deutschen Wesen solle die Welt genesen". Daß sich Entwicklungshilfepolitik auf Bundesebene weiter nach vorne entwickle, wage er unter den derzeitigen Rahmenbedingungen zu bezweifeln. Außerdem habe die CDU-Fraktion ganz bewußt keine Streichung der Mittel für die Promotoren verlangt, sondern nur die Mittelhalbierung. Zunächst solle die Evaluierung abgewartet werden.

Nicht im Sinne seiner Fraktion sei die völlige Professionalisierung, gebe es doch umfangreiche Aktivitäten im ehrenamtlichen Bereich. Im übrigen arbeiteten zahlreiche Institutionen seit Jahren äußerst erfolgreich, seien aber im Modell nicht berücksichtigt worden. Der Antrag der CDU-Fraktion sei insofern ausgewogen. Eine Überrollung - wie von der CDU-Fraktion gewünscht - stelle sicher nicht das Non plus Ultra dar, umfasse jedoch zumindest die internationalen Verpflichtungen des Landes. Eine Deckung für die gesamtfinanzielle Situation werde seine Fraktion noch präsentieren.

**Ute Koczy (GRÜNE)** moniert, genau um "Entwicklungshilfe" gehe es mittlerweile nicht mehr. Vielmehr spreche man in Nordrhein-Westfalen nur noch von "Eine-Welt-Politik". Als Bildungs- und Bewußtseinsarbeit sei diese Politik mittlerweile professionell in den Städten angesiedelt. Im Gesamtkonzept des Netzwerkes würden Schwerpunktthemen und die Projektarbeit vor Ort verankert. Eine nicht spezifizierte Kürzung um 1 Million DM lasse sich vor Ort nicht vertreten. Ein solcher Einschnitt sei ohne klare Linie. Sie habe kein Verständnis dafür, daß die CDU-Fraktion die Erfolge der einschlägigen Bemühungen in Abrede stelle. Das Netzwerk ehrenamtlicher Arbeit, die professionell unterstützt werde, müsse nicht nur erhalten und gesichert, sondern eigentlich sogar noch ausgebaut werden. Projekte wie die Zivile Konfliktbearbeitung seien wegweisend für die gesamte Bundesrepublik. Daß an dieser Stelle Einschnitte vorgenommen werden sollten, empfinde sie als "Katastrophe".

**Karin Jung (SPD)** reklamiert, Globalisierung müsse "in den Köpfen" stattfinden. Es sei nunmehr an der Zeit, sich für Problemstellungen weltweit nicht nur zu interessieren, sondern auch zu engagieren. Starke Akzentsetzungen im Inland seien wichtig. Aus den privaten Initiativen vor Ort und den etablierten Bereichen sowie neuen Initiativen strebe viel ins Ausland und treffe sehr zielgenau. Über solche Aktivitäten würden auch persönliche Begegnungen stattfinden und Freundschaften geknüpft. Jede Form der Inlandsaufklärung, die darüber hinaus bewirke, daß sich Schulen engagierten, führe beispielsweise dazu, daß sich

anhand konkreter Erlebnisse eine Bewußtseinsbildung festmachen lasse. Das, was im Süden ankomme, sei nicht notwendigerweise weniger, sondern möglicherweise klüger, differenzierter, präziser, vernünftiger und kleinteiliger organisiert.

**Ilka Keller (CDU)** hält es für Wunschdenken, daß in den Entwicklungsländern jemand über das Internet Kontakte etwa zu nordrhein-westfälischen Schulen suche. Außerdem würden weitere 9 Millionen DM an die Kommunen für entwicklungspolitische Maßnahmen ausgeschüttet. Ihr seien Beschwerden zahlreicher Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen bekannt, die sich dagegen aussprächen, solche Mittel mitunter sinnlos in manchen Kanälen vor Ort versickern zu lassen, statt konkrete Projekte zu fördern.

**Stellv. Ausschußvorsitzende Inge Lagemann** wirft bei dieser Gelegenheit ein, das jetzt debattierte Thema habe bisher praktisch permanent auf der Tagesordnung der Sitzungen des Ausschusses gestanden. Auch wenn in einer Haushaltsdebatte ausführlich darüber diskutiert werden könne, werde mittlerweile der angemessene Rahmen überschritten, habe man sich doch zuvor darauf verständigt, heute nur über Anträge zum Haushalt abzustimmen.

**Gabriele Sikora (SPD)** erinnert an den Hinweis ihrer Fraktion, daß Entwicklungszusammenarbeit zunächst einmal eine nationale Aufgabe sei. Die Bundesländer träten ergänzend auf den Plan. Aus dem Bericht des EU-Rechnungshofes werde deutlich, daß genügend Mittel für Zwecke der Entwicklungszusammenarbeit auf europäischer Ebene zur Verfügung stünden. Mittel in Höhe von 300 Millionen Ecu seien für solche Zwecke jedoch nicht abgerufen worden.

Die Begründung der CDU-Fraktion betreffend den Antrag 2 - Kapitel 02 030, Internationale Zusammenarbeit, Titel 686 00 - vermittele den Eindruck als würden laufende Projekte ohne Vorwarnung abgebrochen. Mehrfach sei klargestellt worden, daß dem nicht so sei. Die betroffenen Projekte liefen fristgemäß aus, zumal dort von vornherein nicht signalisiert worden sei, daß eine Anschlußmaßnahme in Aussicht gestellt werde.

## 2 Verschiedenes

- a) **Behandlung von Fragen aus der 39. Sitzung vom 19. Oktober 1998 - siehe APr 12/990**

**Staatssekretär Rüdiger Frohn (Staatskanzlei)** teilt auf die entsprechende Anfrage der Abgeordneten Keller aus der 39. Sitzung des Ausschusses für Europa- und Eine-Welt-Politik vom 19. Oktober 1998 mit, für den Titel 534 00, Europainitiative NRW, seien 500 000 DM veranschlagt worden. Nach Abzug der globalen Minderausgabe sowie Deckung einer überplanmäßigen Ausgabe seien dort 22 500 DM abzuziehen gewesen. Verbleibende Ausgabe-



Anlage zu Vorlage 12/2453

Änderungsanträge der Fraktionen  
zum Haushaltsgesetz 1999 (Drucksachen 12/3300 und 12/3400)  
im Ausschuß Europa- und Eine-Welt-Politik

zum Einzelplan 02

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	CDU	<p>EP 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei</p> <p>Kapitel 02 030 Internationale Zusammenarbeit Titel 685 10 029 Zuschüsse für Projekte im Inland</p> <p>Ansatz: 300 000 DM Erhöhung um: 200 000 DM auf: 500 000 DM</p> <p><u>Begründung:</u> Die Aufwendungen für Projekte, die der Intensivierung bilateraler Beziehungen und der Verbesserung der Völkerverständigung dienen sollen und als Hilfe zur Selbsthilfe wirken, müssen zumindest auf dem Vorjahresstand des Haushalts 1998 gehalten werden.</p>	<p>SPD : Bündnis 90/ Die Grünen : CDU :</p>

-2-

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
2	CDU	<p>Kapitel 02 030 Internationale Zusammenarbeit Titel 686 00 029 Zuschüsse für Projekte im Ausland</p> <p>Ansatz: 3 261 000 DM Erhöhung um: 1 739 000 DM auf: 5 000 000 DM</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Bereits im Haushalt 1998 wurde dieser Titel um 2,5 Mio. DM gekürzt. Nun sieht der Haushaltsentwurf der Landesregierung eine weitere Kürzung um 739 000 DM für 1999 vor. Eine konstante Förderung der Hilfe zur Selbsthilfe ist aber unerlässlich. Die mittel-, ost- und südosteuropäischen Staaten sowie die Staaten im Nahen und Mittleren Osten und im nördlichen Afrika müssen auch weiterhin auf eine Unterstützung der Projekte durch NRW vertrauen können.</p>	<p>SPD : Bündnis 90/ Die Grünen : CDU :</p>

-3-

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
3	CDU	Kapitel 02 030 Internationale Zusammenarbeit Titel 687 00 029 Zuschüsse für Projekte ziviler Konfliktbearbeitung im Ausland  Ansatz: 500 000 DM Kürzung um: 500 000 DM auf: 0 DM	SPD : Bündnis 90/ Die Grünen : CDU :
4	CDU	Kapitel 02 030 Internationale Zusammenarbeit Titel 896 00 029 Zuschüsse für Investitionsausgaben im Ausland  Ansatz: 1 700 000 DM Erhöhung um: 800 000 DM auf: 2 500 000 DM  <u>Begründung:</u>  Der Ansatz sollte auf dem Vorjahresniveau von 1998 verbleiben, um für Auslandsprojekte zur Verfügung zu stehen.	SPD : Bündnis 90/ Die Grünen : CDU :

-4-

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
5	CDU	<p>Kapitel 02 040 Maßnahmen des Ministerpräsidenten für die Eine-Welt-Politik</p> <p>Titel 531 00 023 Informationsdienst Forum Eine Welt</p> <p>Ansatz: 315 000 DM</p> <p>Kürzung um: 200 000 DM</p> <p>auf: 115 000 DM</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Der Haushaltsposten dient allein sächlichen Verwaltungsausgaben. Die angespannte Haushaltslage rechtfertigt die Kürzung von Verwaltungsausgaben zugunsten von Projekten vor Ort in den Entwicklungsländern. Im übrigen ist auch noch der Titel 684 10 23 Zuschüsse für die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit im Haushalt vorgesehen.</p>	<p>SPD :          Bündnis 90/ :          Die Grünen :          CDU :</p>

-5-

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
6	CDU	<p>Kapitel 02 040            Titel 534 00 023            Maßnahmen des Ministerpräsidenten für die Eine-Welt-Politik            Für die Durchführung von Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit</p> <p>Ansatz: 200 000 DM            Erhöhung um: 190 000 DM            auf: 390 000 DM</p> <p><u>Begründung:</u>            Die geplante Kürzung von Ausgaben für die Durchführung von Maßnahmen, die die Zusammenarbeit des Landes mit Entwicklungsländern betreffen, setzt falsche Signale. Daher ist der Vorjahresansatz beizubehalten.</p>	SPD : Bündnis 90/ : Die Grünen : CDU :

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
7	CDU	<p>Kapitel 02 040 Maßnahmen des Ministerpräsidenten für die Eine-Welt-Politik</p> <p>Titel 684 10 023 Zuschüsse zur entwicklungs- politischen Informations- und Bildungsarbeit</p> <p>Ansatz: 540 000 DM  Kürzung um: 300 000 DM  auf: 240 000 DM</p> <p><u>Begründung:</u>  Während Zuschüsse für Projekte in den Entwicklungsländern kontinuierlich gekürzt werden, werden die Haushaltsansätze für Veranstaltungen von Dritte-Welt-Gruppen und für Maßnahmen zur Bewußtseinsbildung der Öffentlichkeit in NRW auf einem unverhältnismäßig hohen Niveau beibehalten. Während beispielsweise die Mittel für Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit um ca. 50 % gekürzt werden sollen, betragen die unveränderten Zuschüsse zur Bewußtseinsbildung das fast Dreifache des Etats für Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit. Diese Fehlgewichtung der Landesregierung setzt die falschen Signale. Zum Ausgleich dieser Fehlentwicklungen ist daher eine Kürzung der Mittel erforderlich.</p>	SPD : Bündnis 90/ : Die Grünen : CDU :

-7-

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
8	CDU	<p>Kapitel 02 040            Titel 684 20 023            Maßnahmen des Ministerpräsidenten für die Eine-Welt-Politik            Zuschüsse zum Aufbau eines Netzes von "Eine-Welt-Promotorinnen und -Promotoren"</p> <p>Ansatz: 2 000 000 DM            Kürzung um: 1 000 000 DM            auf: 1 000 000 DM</p> <p><u>Begründung:</u>            Die Kürzung um 1 Mio. DM dient dem Abbau von Personalstrukturen im Inland und sollte als Mehrbetrag der besseren finanziellen Ausstattung von Projekten im Ausland zugute kommen. Die zusätzliche Million DM sollten den Zuschüssen für Projekte im Ausland (Kapitel 02 030, Titel 686 00 029) und den Zuschüssen für Maßnahmen der technischen Zusammenarbeit im Ausland (Kapitel 02 040, Titel 686 00 023) zufließen.</p>	SPD : Bündnis 90/ : Die Grünen : CDU :

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
9	CDU	<p>Kapitel 02 040 Maßnahmen des Ministerpräsidenten für die Eine-Welt-Politik</p> <p>Titel 686 00 023 Zuschüsse für Maßnahmen der technischen Zusammenarbeit im Ausland</p> <p>Ansatz: 960 000 DM</p> <p>Erhöhung um: 185 000 DM</p> <p>auf: 1 145 000 DM</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Die Projekte in China, Vietnam und im südlichen Afrika bedürfen einer gleichbleibend hohen finanziellen Unterstützung wie im Vorjahr 1998, da sie neben dem Modellcharakter auch eine Multiplikatorenwirkung haben.</p>	<p>SPD :          Bündnis 90/ :          Die Grünen :          CDU :</p>



Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
10	CDU	<p>Kapitel 02 040 Maßnahmen des Ministerpräsidenten für die Eine-Welt-Politik</p> <p>Titel 896 00 023 Zuschüsse für Investitionsmaßnahmen der technischen Zusammenarbeit im Ausland</p> <p>Ansatz: 100 000 DM  <i>Erhöhung um:</i> 80 000 DM  auf: 180 000 DM</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Projekte vor Ort bedürfen einer höheren Priorität als Informationspolitik in NRW. Daher muß dieser Haushaltsansatz auf dem Niveau von 1998 bestehen bleiben.</p>	SPD : Bündnis 90/ : Die Grünen : CDU :